Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

55. Sitzung
6. Dezember 2023

Beginn: 12.05 Uhr
Schluss: 16.18 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Mündlicher Bericht des Herrn Staatssekretärs Dr. Kühne (SenBJF) zu einem Berichtsauftrag der Fraktion Die Linke aus der 53. Sitzung des Hauptausschusses vom 29. November 2023 – TOP 6, Einzelplan 10 – betr. **verschobene und gestrichene BSO-Maßnahmen zur Schaffung von Schulplätzen und Auswirkungen auf den bestehenden Schulplatzmangel**

mit Bezug auf

Sammelvorlage SenStadt – Z F 10 – vom 06.11.2023 1290
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 12
hier: Bericht 11 – Veränderungen gegenüber dem Investitionsprogramm 2022

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Vorsitzender! – Herr Staatssekretär! Ich muss leider nutzen, dass Sie hier sitzen, und noch eine Sache ansprechen. Wir haben uns hier im Hauptausschuss letzte Woche gesehen, und da hat die Linksfraktion einen Bericht für heute angefordert, der da lautete: SenBJF wird gebeten, dem Hauptausschuss bis zur Schlusslesung am 6. Dezember 2023, also heute, zu erläutern, ob und wie sich verschobene und gestrichene BSO-Maßnahmen zur Schaffung von Schulplätzen auf den bestehenden Schulplatzmangel auswirken. Dauert dessen Auflösung dadurch länger? – Ich glaube, ich habe nichts übersehen, dass heute kein Bericht, keine Fristverlängerung, kein Irgendwas vorliegt, was ich sehr bedauere und so nicht üblich ist. Ich möchte ankündigen, dass das in der Sprecherrunde angesprochen wird.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Wenn ich zur Aufklärung beitragen darf, Frau Kollegin! Ich hatte ja eingangs, als wir die Tagesordnung besprochen und festgesetzt hatten, angekündigt, dass Herr Staatssekretär Dr. Kühne darum gebeten hat, die Erläuterung dieser Frage heute mündlich vornehmen zu können. – [Hendrikje Klein (LINKE): Ach, das betrifft diesen Punkt!] – Das war genau dieser Punkt. Das wäre auch genau der nächste Punkt gewesen, den ich aufgerufen hätte, diesen Passus, den Sie verlesen haben. – [Hendrikje Klein (LINKE): Dann verstehen wir uns ja! Super, dann lausche ich jetzt erst mal!]

Dann, wie erwähnt, hat Herr Staatssekretär Dr. Kühne gebeten, die Erläuterung zu einer Frage aus der 53. Sitzung vom 29. November 2023, rote Nummer 1290, mündlich vornehmen zu können, zu der Frage, die die Kollegin Klein bereits verlesen hat, das mache ich jetzt nicht noch mal. – Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort, bitte schön!

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF): Ganz herzlichen Dank! – Ich habe es nicht vergessen. Ich bitte nur um Verständnis, denn innerhalb der einen Woche nach dem üblichen Verfahren alles zu verschriftlichen, mitzeichnen zu lassen und so weiter, wäre von den Fristen, vorsichtig formuliert, jetzt sehr sportlich gewesen. Insofern wollte ich aber gerne hier noch mal versuchen, es mündlich zu erklären.

Zur konkreten Frage, ob wir jetzt eine Verlangsamung der BSO erwarten: Nein! Ich will es auch gerne erklären, auch noch mal zu dem Bericht, der von unserer sehr unterstützend tätigen Senatsverwaltung im Sinne des Bauens, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, erstellt wurde, konkret der Bericht 11. Hier wurde der Abgleich der Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm 2022 bis 2026 gemacht, jetzt mit dem Haushaltsplan 2024/2025. Insofern sind einzelne Bemerkungen nicht so zu verstehen, dass Maßnahmen komplett gestrichen oder geschoben wurden. Wenn zum Beispiel bei Maßnahmen angemerkt ist „nicht etatisiert im Haushalt 2024/2025“, dann waren sie auch nicht unbedingt schon im Investitionsprogramm 2022 bis 2026 für diesen Doppelhaushalt vorgesehen. Denn wir reden ja hier über die Amtshilfemaßnahmen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Typenbauten, die in Tranchen aufgeteilt sind. Insofern laufen die dahinterliegenden Rahmenverträge teilweise über den jetzigen Doppelhaushalt 2024/2025 hinaus, also waren sowieso einzelne Maßnahmen vorgesehen, auch danach, diese noch 2026 oder 2027 umzusetzen. Die kommen dann also – davon gehen wir mal aus – im nächsten Doppelhaushalt 2026/2027.

Die Tranchen waren so bestückt, dass vorsichtshalber immer noch Nachrückerstandorte, also über die Höchstabnahmemenge des Rahmenvertrags hinaus, sind, weil wir aufgrund der Erfahrungen immer wieder wissen, dass einzelne Projekte dann doch nicht an den Standorten umgesetzt werden können, weil, wenn man die Grundstücke genauer untersucht, dann doch wieder Dinge dagegen sprechen, an diesem Standort diesen Typenbau umzusetzen. Deshalb ist das ein weiterer Grund, warum Maßnahmen dann nicht im Doppelhaushalt etatisiert sind.

Wenn teilweise dort „gestrichen“ steht, ist das bitte nicht so zu verstehen, dass die Maßnahme grundsätzlich gestrichen ist, sondern dann liegt zum Beispiel der Fall vor, dass die Höchstabnahmemenge des Rahmenvertrags ausgeschöpft ist, kann also in dieser Tranche nicht mehr mitumgesetzt werden. Aber sowohl bei den MEBs, bei den modularen Ergänzungsbauten, bei den Typensporthallen, haben wir schon Fortsetzungstranchen, die dann auch wieder ab dem nächsten Doppelhaushalt 2026/2027 greifen sollen, sodass Maßnahmen in diese Tranche rutschen, dann aber natürlich formal in der Tranche gestrichen sind.

Wir haben in den Haushaltsplanberatungen einmal sehr intensiv mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung darüber gesprochen, was baulich umsetzbar ist. Ich brauche keine Maßnahme zu etatisieren, von der ich weiß, dass sie baulich nicht umsetzbar ist, weil der Rahmenvertrag ausgeschöpft ist oder die Baudienststelle es nicht leisten kann. Wir haben auch sehr intensiv mit der Senatsverwaltung für Finanzen gesprochen, sodass die laufenden Rahmenverträge im jetzt kommenden Doppelhaushalt 2024/2025 ausgeschöpft werden können. Natürlich ist das immer Stand Mitte dieses Jahres, was die Baukosten betrifft, denn wir wissen immer nicht genau, wie die sich entwickeln.

Insofern gehen wir also deshalb nicht von irgendeiner Verlangsamung bei der Umsetzung aus. Wir sind in der Hauptumsetzungsphase der Schulbauoffensive, und Gott sei Dank wird jetzt alle paar Monate ein komplettes Schulgebäude fertig, oder es werden Ergänzungsbauten fertig, und die brauchen wir dringend, jeden einzelnen Schulplatz.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank! – Dann war der Bericht 11 zu einem gewissen Teil missverständlich, aber wir mussten ja hier viel ackern, dann kann so was auch mal passieren.

Ich frage mich trotzdem: Wie kommen wir dann zu einer Vorlage, die der Realität entspricht? Ich weiß, dass es Verschiebungen gibt, und ich weiß, dass es auch Verschiebungen gibt, die gute Gründe haben, wenn ein Grundstück noch nicht angekauft werden konnte oder ein Lurch gefunden wurde oder was auch immer, es gibt ja verschiedene Gründe. Von daher würde ich mir gerne wünschen – ich weiß, das macht auch noch mal drei Momente Arbeit, deswegen vielleicht nicht 24. Januar –, dass uns dann aber Verschiebungen und Streichungen von 2022/2023 gegenüber 2024/2025 fortfolgende noch mal pro Schule aufgelistet werden und dass begründet wird, wieso verschoben oder mitunter auch gestrichen wurde und wie das Ganze dann gelöst wird, wenn eine Schule vielleicht nicht abgerufen werden kann, weil schon alles ausgeschöpft wird. Wie können trotzdem die Schulplätze dort entstehen? Manchmal gibt es ja trotzdem eine Lösung, und manchmal muss trotzdem auch davon abgelassen werden. Vielleicht können Sie noch mal ein bisschen besser beschreiben, wie wir es am besten hinkriegen, damit ich einen Überblick kriege, denn in diesen ganzen Unterlagen ist es dann doch nicht ganz eindeutig, was mit jeder Schule tatsächlich passiert und woran es liegt.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF): Herzlichen Dank! – Ich versuche es mal. Ich glaube, wir haben ehrlicherweise keinen Mangel an Berichten, deshalb will ich wirklich gerne noch mal darauf hinweisen, denn gerade, ich glaube, am 10. November, hatten wir hier im Hauptausschuss die Vorlage des aktuellen Sachstandes der Umsetzung der Berliner Schulbauoffensive. Gerne kann ich sonst noch mal den Link zur entsprechenden Nummer zusenden. Da ist der aktuelle Stand, weil wir bei den Berichten natürlich immer die Anpassung vornehmen und immer die aktuellen, uns bekannten Sachstände haben, die bauliche Umsetzung oder natürlich die Informationen aus den Bezirken. Da ist schon mal der aktuelle Sachstand der in Umsetzung befindlichen und der geplanten Maßnahmen, der natürlich schon wieder eine Veränderung gegenüber dem Investitionsprogramm 2022 bis 2026 darstellt.

Dann haben wir ja auch schon das Investitionsprogramm 2023 bis 2027, wo natürlich auch schon eine Fortschreibung erfolgt ist. Dann haben wir den sehr umfassenden Bericht – der war, glaube ich, im September im Hauptausschuss – zum sogenannten Maßnahmenfinanzcontrolling. Das ist der Bericht mit den über 941 Seiten, worin es wirklich schulscharf ist. Das sind wirklich die aktuellen Informationen, denn ich könnte darüber hinaus jetzt nicht noch aktuellere Informationen geben, weil das ja ein gewisser Abstimmungsprozess ist, um diese Informationen erst mal aus allen Baudienststellen – Bezirke, HOWOGE, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, BIM bei den zentral verwalteten Schulen – zusammenzutragen. Insofern ist das immer mit einem gewissen Aufwand verbunden.

Ich würde aber gerne noch mal auf diese Berichte mit dem wirklich jeweils aktuellen Sachstand hinweisen. Wie gesagt, der letzte ist ja wirklich sehr aktuell und war in der vorletzten Woche im Hauptausschuss. Der listet auf über 100 Seiten den aktuellen Umsetzungsstand der Schulbauoffensive auf, auch mit den Tranchen. Das vielleicht noch mal als Hinweis.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Also das Eine ist, sich anzugucken, was die Ursachen für Verschiebungen sind. Das ist sicherlich total wichtig, aber natürlich ist es sicherlich ganz unterschiedlich, es sei denn, diese Verschiebungen sind budgetbegründet. Dann haben wir das hier noch mal ernsthafter zu verhandeln.

Habe ich Ihre Ausführungen jetzt so zu verstehen, dass es im Verhältnis zum Planungsstand Investitionsprogramm 2022 bis 2026 in der Fortentwicklung zum Investitionsprogramm 2023 beziehungsweise zur Veranschlagung im Doppelhaushalt im Saldo keine kapazitätsrelevanten Verschiebungen von Maßnahmen gibt? Denn das ist ja das, worüber wir reden. Das ist ja sozusagen der Punkt, um den es geht. Wir wollen ja herausfinden: Gibt es hier Verschiebungen, die budgetrelevant sind? Die anderen sind auch wichtig, für die Schülerinnen und Schüler, aber für uns sind jetzt gerade die wichtig, die budgetbegründet sind. Und welche Auswirkungen hat das auf den Platzbedarf beziehungsweise auf die Deckung des Platzbedarfs? Das ist ja die Information, die wir hier die ganze Zeit herausziehen wollen, was ein bisschen schwer ist. Wir haben in Spandau irgendwie rumgemacht und haben geguckt, was da eigentlich ist, aber letztendlich geht es um die Frage: Gibt es kapazitätsrelevante Verschiebungen, die Auswirkungen auf den Schulbedarf haben? Und wie wird mit der daraus verursachten höheren Deckungslücke umgegangen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Klein, bitte! – Hat sich erledigt. – Dann Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF): Angesichts von Hunderten von Maßnahmen versuche ich mal, es zusammenfassend zu sagen. Grundsätzlich sind es jetzt Verschiebungen, die bei Baumaßnahmen immer auftauchen, nicht aufgrund von fehlendem Budget, denn wir haben das so verhandelt, dass wirklich die Rahmenverträge ausgeschöpft werden können. Ich will nur deutlich darauf hinweisen: Natürlich haben wir Verschiebungen, die selbstverständlich kapazitätsrelevant sind. Aber das liegt nun mal an den Bauprozessen, es liegt an Materialengpässen, Lieferproblemen, Grundstücksfragen, Artenschutz, Denkmalschutz, insofern an diesen ganz normalen Problemen, die wir bei jeder Baumaßnahme haben. Natürlich haben

diese Dinge Auswirkungen auf eine Zeitschiene und auf die Zurverfügungstellung von Schulplätzen.

Gerade bei diesen Verhandlungen in diesem Jahr – das kann ich wirklich guten Gewissens sagen – sind es aber nicht budgetrelevante Dinge, die uns hier hemmen. Natürlich kann ich auch nicht in die Glaskugel schauen, wie sich die Baukostenentwicklungen im nächsten Jahr darstellen. Wir kommen aus dem letzten Jahr mit einer durchschnittlichen Baukostensteigerung von 18 Prozent. Das hat sich jetzt Gott sei Dank wieder ein bisschen beruhigt. Aber das haben wir eingepreist. Wir sind von den Daten des Statistischen Bundesamtes mit durchschnittlich 8,8 Prozent Baukostensteigerung ausgegangen und haben das jetzt, zumindest für die nächsten beiden Jahre, hochgerechnet, sodass wir wirklich konservativ gerechnet haben, um die Rahmenverträge auszuschöpfen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Ich nehme das jetzt mal als Aussage, dass es dem Grunde nach keine budgetverursachten Verschiebungen gibt. Ich würde Sie um Bestätigung bitten, ob das in gleicher Art und Weise auch für die Baumaßnahmen zutrifft, die in Bezirksfederführung beziehungsweise in BIM-Federführung sind, denn die sind ja auch kapazitätsrelevant.

Damit wir uns darauf beziehen können, hätte ich gerne ein Wortprotokoll dazu. Es ist dann vielleicht einfacher.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann ist das Wortprotokoll vermerkt. – Frau Kollegin Klein, Ihre Wortmeldung bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Ich will das hier jetzt nicht unnötig in die Länge ziehen. Wir wissen – da waren Sie logischerweise nicht dabei – aus dem Unterausschuss Bezirke, als wir letztens die Anhörung aller Bezirke hatten, dass zum Beispiel die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg eine Verschiebung direkt angesprochen hat – ich weiß jetzt nicht die Straße, habe ich nicht mehr im Kopf –, die sie sehr bedauert und die sie in eine Bredouille bringt. Ich weiß, auch in Lichtenberg gibt es drei Verschiebungen von Sanierungen, die am Ende auch kapazitätsrelevant sind, weil das mit einer Drehscheibenschule zusammenhängt und alles mit allem zusammenhängt und es auch da zu Schwierigkeiten kommt. Es gibt keine Aussagen dazu, dass es andere Gründe gibt als das fehlende Geld, sondern sie könnten eigentlich alle schon wie geplant früher loslegen.

Nun gibt es, je nachdem, wen man fragt, auch immer unterschiedliche Antworten, und das ist immer so anstrengend. Wenn man eine schriftliche Anfrage stellt, und der Bezirk antwortet, kriegt man die Antwort, wenn man in die I-Planung guckt, kriegt man jene Antwort. In Lichtenberg soll es einen neuen MEB-22er geben, der hier in dieser neuen tollen Übersicht, wo man in die Karte gucken kann, auf einmal nicht mehr steht, aber vor einem Monat wurde mir noch bestätigt, dass der gebaut werden soll. Ich werde da auch irgendwie ein bisschen irre.

Schlusssatz: Wir überlegen hier noch mal, ob wir vielleicht noch eine Frage zu Freitag einreichen, wo dann ein bisschen Zeit zur Beantwortung ist, ob wir noch mal einen Punkt finden, wie wir zu konkreten Sachen eine Antwort finden, um irgendwie Licht ins Dunkel zu kriegen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann, denke ich, ist das Verfahren, bis Freitag Fragen einzureichen, sehr zielführend. – Wenn Sie möchten, Herr Staatssekretär, können Sie aber auch gerne jetzt noch etwas sagen. Bitte schön!

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF): Genau! – Nur noch mal zu den bezirklichen Maßnahmen, denn hier ist es in der Tat etwas komplexer: Bei den Typenbauten mit den Tranchen und den Rahmenverträgen kann man es besser abschätzen, was die Baukosten betrifft. Bei den bezirklichen Maßnahmen, wo die Gewerke nach Regelverfahren einzeln ausgeschrieben werden, hängt es natürlich immer auch von der konkreten Ausschreibung ab: Finde ich eine Fachfirma? Zu welchen Preisen gibt sie Angebote ab? – Aber auch hier stehen natürlich grundsätzlich die Investitionsmittel nicht unbegrenzt zur Verfügung, ein gewisses Budget gibt es da schon.

Ich weiß, wir hatten im Sommer noch mal sehr intensiv, weil wir das auch begleitet haben, Gespräche zwischen der Senatsverwaltung für Finanzen und den Bezirken. Hier ist auch noch mal zwischen den bezirklichen pauschalen Investitionsmitteln, wo einzelne Bezirke sehr großzügig angemeldet haben – kann ich guten Gewissens sagen, weil ich das, noch als zuständiger Vertreter aus Marzahn-Hellersdorf, auch gemacht habe –, wo dann aber auf bezirklichen Ebene noch mal geschaut werden muss, aus den zur Verfügung stehenden pauschalen Mitteln das zu sortieren, denn, wie gesagt, die Budgets sind nun mal nicht unbegrenzt. Bei den großen, gezielten Investitionsmaßnahmen gibt es natürlich im Einzelfall – das hatten wir ja bei einem der Berichte noch mal aufgeführt, welche Möglichkeiten es gibt, wenn in der Projektdurchführung die Baukosten steigen – über Basiskorrektur, Fortschreibung beim nächsten Investitionsprogramm immer auch die Möglichkeit der Ausfinanzierung der Maßnahme.

Wir hatten bei dem Spezialfall in Spandau, wo in der Tat zwei Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm rausgerutscht waren, den Fall, dass hier der vorzeitige Planungsbeginn von SenFin bestätigt wurde und ihm zugestimmt wurde. Auch da finden wir dann Möglichkeiten, dass die Planungen nicht verzögert werden, sondern dann schon mal mit dem vorzeitigen Planungsbeginn begonnen werden kann, um dann im nächsten Investitionsprogramm mit einer Dringlichkeit die Maßnahme anzumelden und damit dann wieder aufzunehmen.

Insofern nutzen wir schon alle Elemente. Bei den bezirklichen Maßnahmen fällt es mir noch etwas schwerer, eine pauschale Aussage zu treffen. Ich verstehe natürlich als ehemaliger Bezirksvertreter auch die Sichtweise der Bezirke: Wir könnten eigentlich noch mehr. – Wobei man dann auch wieder sagen muss: Na ja, wenn es dann konkret wird, ist doch wieder die Personalkapazität, auch in den bezirklichen FM-Bereichen, überschaubar, oder es gibt krankheitsbedingte Ausfälle oder eine Personalfluktuation. Wir sehen ja die Mittelabflüsse der letzten Jahre, da wäre ja immer noch ein bisschen Luft gewesen. Da müssen wir eben schauen, denn, wie gesagt, es bringt nichts, eine Maßnahme zu etatisieren, von der ich weiß, dass die Mittel nicht abfließen, weil sie nicht umgesetzt werden kann. Das bringt auch keinem etwas.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen Tag und Ihnen auch, beiden Staatssekretären.